

Niklaus Scherr:
Rede zum 1. Mai 2005

Kolleginnen und Kollegen,
Genossinnen und Genossen,

„Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten“, schrieb einst Bertolt Brecht. Ja, Genossinnen und Genossen, wir leben in einer Epoche des brutalen neoliberalen Umbaus. Ja, unsere sozialen, einst selbstverständlichen Errungenschaften sind von Abbau bedroht. Ja, unsere Spitzenmanager kassieren in einer Stunde, wofür andere monatelang krampfen müssen. Ja, wir haben einen Justizminister, der das Recht auf Verhungern in die Verfassung schreiben will. Viele jammern darüber, andere halten flammende Brandreden dagegen. Ich will keine Sonntagspredigt halten und wir alle sollten aufhören zu jammern. Wie wär es, wenn wir uns stattdessen mehr konkrete Nahziele setzen und diese auch mit Hartnäckigkeit und Konsequenz verfolgen würden?

Stichwort Nationalbankgold: Unser Kampf um eine sozialere Verteilung des Nationalbankgoldes zugunsten der AHV ist gescheitert. In diesen Wochen erhält der Kanton Zürich auf einen Schlag 1.6 Milliarden Franken. Wo sind die Vorschläge der Linken geblieben, wie diese Summe nachhaltig und sozial investiert werden kann statt sie für Schuldenabbau und Steuergeschenke zu verprassen? Haben wir es vor lauter Kampf auf Bundesebene versäumt, einen Plan B für den Kanton zu entwerfen?

Stichwort Umverteilung: Warum wagen wir es nicht, eine Initiative für eine eidgenössische Erbschaftssteuer zur Mitfinanzierung der AHV zu lancieren? Innerhalb der Rentnergeneration finden wir Riesenvermögen und Armut Seite an Seite. Warum nicht endlich auch hier umverteilen, wo es weniger schmerzt als wenn jungen Familien neue Lasten aufgebürdet werden? Für ein solches Projekt lassen sich nicht nur Linke, sondern auch aufgeschlossene Liberale und namhafte Ökonomen gewinnen. In den USA haben sich Multimillionäre wie Bill Gates und George Soros gegen die von Präsident Bush initiierte Abschaffung der Erbschaftssteuer zur Wehr gesetzt. Weil sie eine Feudalisierung der Gesellschaft ablehnen. Sie verlangen, dass Leistung Vorrang hat vor der Herkunft. Wir kämpfen für gleiche Chancen für alle. Hier gibt es Gemeinsamkeiten, die wir nutzen könnten.

Stichwort Hochpreisinsel: Ja, wir leben auf einer Hochpreisinsel. Bei den Mieten zum Beispiel. Zusammen mit den Krankenkassenprämien stellen sie den grössten Zwangsausgabeposten im Haushaltsbudget. Jedes Prozent Miete, das in diesem Kanton zuviel gezahlt wird, bedeutet 60 Millionen Franken zuviel in den Taschen der Grundbesitzer und 60 Millionen zuwenig im Portemonnaie der Konsumenten. Ohne dass der Hypothekarzins steigt, werden viele von euch diesen Sommer Mieterhöhungen erhalten, weil Vermieter und Verwaltungen ohne jeden Nachweis Kostenpauschalen geltend machen, die das Gesetz gar nicht vorsieht. Gegen dieses heimliche Kartell der Abzocker können wir uns mit Aussicht auf Erfolg zur Wehr setzen. Wenn wir es nur wollen!

Stichwort Papierlose: In dieser Stadt sind es 10'000, im ganzen Kanton 20'000 Menschen, die ohne Papiere unter uns arbeiten. Dank unserer Verfassung können wenigstens ihre Kinder hier die Schule besuchen. Doch viele von ihnen haben keinen geregelten Zugang zu medizinischer Versorgung und sind nicht krankenversichert, obwohl das rechtlich möglich ist. Die mehrheitlich bürgerliche Genfer Regierung hat für 5'000 Papierlose beim Bund ordentliche Aufenthaltsbewilligungen beantragt. In den USA erwägt die Bush-Administration eine teilweise Regularisierung der illegalen Latinos. In Zürich haben die Linken eben erst zur Kenntnis genommen, dass es auch bei uns Tausende von Schattenmenschen gibt. Wie wäre es, wenn wir uns für das Recht auf medizinische Versorgung, für die Regularisierung der sin-papeles stark machten, statt immer nur politisch korrekt die zig Millionen Amerikaner ohne Krankenversicherung anzuprangern?

Ein Gespenst geht um in der Schweizer Linken. Es heisst Europa. Im Juni stimmen wir über die Verträge von Schengen/Dublin ab, im September über die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder. Zwei Vorlagen, an denen sich in unseren Reihen die Geister scheiden.

Die erweiterte Personenfreizügigkeit macht vielen unter uns Angst. Sie fürchten, nicht zu Unrecht, Billigkonkurrenz und Lohndumping. Doch auf blosser Abschottung zu setzen und ins Boot der Isolationisten zu steigen, wäre verfehlt. Den Zustrom der Armen in die Länder der Reichen können Grenzzäune auf die Länge nicht aufhalten. Auch die Stadtmauern von Zürich sind vor bald zweihundert Jahren geschleift und abgetragen worden. Alles worauf wir bauen können, ist unsere eigene Kraft. Es liegt an uns, den flankierenden Mass

nahmen Wirksamkeit zu verschaffen. Erinnern wir uns: weder der Achtstundentag noch die AHV noch die Gesamtarbeitsverträge sind uns je von jemandem geschenkt worden. Wir haben sie hart erkämpfen müssen. Sollen wir ihre Verteidigung jetzt der Wacht am Rhein der Herren Schlüer, Fehr und Mörgeli überlassen?

Die Verträge von Schengen und Dublin dienen weniger der internationalen Bekämpfung der Kriminalität als dazu, unerwünschte Migrantinnen und Migranten ohne EU-Gütesiegel fernzuhalten. In jüngster Zeit richtet sich der Fokus des Schengener Ueberwachungssystems vermehrt auch gegen die Internationale der GlobalisierungsgegnerInnen. Manche von uns haben den einheimischen Fichenstaat hautnah erlebt. Warum die Linke in Begeisterung ausbrechen soll, weil der neue Polizeicomputer jetzt ein EU-Label trägt, ist mir schleierhaft. Wir sollten im übrigen zur Kenntnis nehmen, dass in der EU durchaus engagiert gestritten wird, dass etwa die Linke in Frankreich eine heftige Debatte über die neue Pseudo-Verfassung der EU und ihre neoliberale Schlagseite führt. Warum sollen wir, die wir ausserhalb der EU stehen, als erstes ausgerechnet den repressiven *acquis communautaire* kritiklos schlucken oder gar begeistert übernehmen? All das nur, weil die isolationistische SVP uns im Nacken sitzt? Nein, Schengen ist das falsche Eintrittsbillet in die EU.

Es scheint zur sozialdemokratischen Ersatzstrategie geworden zu sein, nie Ja oder Nein zu sagen, wenn es die SVP auch tut. Davon sollten wir uns verabschieden. Wir brauchen mehr kritische Nachdenklichkeit, weniger pawlowsche Reflexe auf die SVP und ihren Bundesrat. Unser Lieblingsgegner Blocher hat dem Spuk um das Atomkraftwerk Kaiseraugst anfangs der 90er-Jahre auf politischer Ebene ein Ende gesetzt. Sind wir deswegen der Atom-Gemeinde beigetreten?

Wir haben in den letzten Jahren viele Abwehrerfolge buchen können. Wir haben die Privatisierung des städtischen und des kantonalen Elektrizitätswerks verhindert und die Strommarkt-Oeffnung vorläufig gestoppt. Steuerpaket, neues Mietrecht und die 11. AHV-Revision haben wir bachab geschickt. Im Nein-Sagen sind wir heute fast so stark wie die SVP. Durchzogener fällt unsere Bilanz aus, wo es um Fortschritte geht. Im Kanton haben wir eine grosszügigere Verbilligung der Krankenkassenprämien für Familien und Kinder, im Bund das überfällige Recht auf Fristenlösung und eine Schmalspur-Mutterschaftsversicherung erkämpft. Aber die wichtige Abstimmung

über eine fortschrittlichere Einbürgerungspolitik haben wir im letzten Herbst kläglich verloren. Das darf uns am 5. Juni mit dem Partnerschaftsgesetz nicht noch einmal passieren.

Wir verfügen über eine starke Veto-Macht und wenn wir uns gemeinsam anstrengen, können wir auch unter widrigen Umständen Schritte nach vorn realisieren.

Kolleginnen und Kollegen, ich bin kein Fan unserer Traditionslieder, allein schon weil ich nicht gut singen kann. Die Internationale mag mehr als 130 Jahre alt sein, aber in diesem Punkt trifft sie auch heute noch ganz und gar zu: „Uns hilft kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun“. Wir müssen es selber anpacken!

Viva il primo maggio!

Biji jek gulan!

Vive le premier mai!

sretan prvi maj!

Evviva el primer de mayo!

Yasasin bir mayis!

feliz primeiro de maio!

Es lebe der 1. Mai!

Zürich, 1. Mai 2005